

**Redeentwurf für Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker  
anlässlich des Empfangs zum Internationalen Frauentag  
am 8. März 2019, 19.10 Uhr, Historisches Rathaus,  
Hansasaal**

**Es gilt das gesprochene Wort**

Liebe Frauen aus dem Aktionsbündnis „Internationaler  
Frauentag“,

sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und  
Verwaltung,

liebe Mitwirkende des Marktes der Möglichkeiten,

liebe Frau Mötting,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich zum Internationalen Frauentag.

An diesem Tag feiern wir mutige Aktivistinnen, die  
grundlegende Rechte für Frauen erstritten haben. Aber auch  
die ganz normalen Frauen, die keine prominente Rolle in der  
Geschichte ihrer Länder oder Städte gespielt haben, dürfen wir  
nicht vergessen. Sie sind das Fundament unserer Gesellschaft.  
Der Alltag dieser nicht privilegierten Frauen spiegelt den  
Fortschritt eines Landes wider. Und dieser Alltag ist meist

geprägt von einer Vielfalt an Belastungen, die Frauen tragen müssen.

Es gibt viele Meilensteine der Frauenrechte, wir haben im vergangenen Jahr das Jubiläum 100 Jahre Frauenwahlrecht gefeiert. Im November 1918 wurde das aktive und passive Wahlrecht für Frauen verabschiedet. Was heute, 100 Jahre später, als so selbstverständlich erscheint, war mit großen Kraftanstrengungen verbunden.

In der ersten deutschen Nationalversammlung saßen neun Prozent Frauen. Über 80 Prozent der wahlberechtigten Frauen nahmen damals ihr Wahlrecht in Anspruch. Doch der Erfolg währte nicht lange. Der NS-Staat betrieb ab 1933 gezielt den Ausschluss von Frauen aus der Politik und dem Rechtswesen. Das Frauenbild im Nationalsozialismus war von der völkisch-nationalistischen Ideologie geprägt, die für die Frauen nur ein einziges Rollenbild hatte: Das der Mutter, die der Nation viele Kinder mit gutem Erbgut schenkte! Wir wissen alle, wohin das geführt hat. Welch ein Rückschritt für uns Frauen und für unser Land!

Erst nach dem 2. Weltkrieg wurde in den beiden deutschen Staaten das aktive und passive Wahlrecht für Frauen wieder eingeführt. Im Westen ist im Jahr 1948 der parlamentarische Rat zusammengetreten, der eine Verfassung ausarbeiten sollte.

Er hatte vier weibliche Mitglieder, die sich einem männlichen Kollegium von mehr als 60 Köpfen gegenüber sahen.

**Diese vier Frauen Frieda Nadig, Helene Weber, Helene Wessel aus NRW und Elisabeth Selbert aus Hessen waren die „Mütter des Grundgesetzes“.**

Unser Grundgesetz ist nun 70 Jahre alt und das können wir heute auch feiern. Diese vier Frauen haben sich ganz besonders engagiert, dass die Gleichberechtigung in unsere Verfassung aufgenommen wurde. Frauen sollten nicht nur in staatsbürgerlichen Dingen den Männern gleichstehen, sondern auf allen Rechtsgebieten.

So entstand

**Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes: Frauen und Männer sind gleichberechtigt.**

Der Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ war nicht mehr als „Programm“, war jedoch lange nur eine Aussage und nicht die Realität. Er war der Startschuss für weitere Gesetze in den folgenden Jahren. Die politische Umsetzung des Gleichheitsgrundsatzes brauchte noch viel Zeit und viel Mühe. Im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands bot sich die Chance, den Gleichberechtigungsgrundsatz weiterzuentwickeln. Eine überparteiliche Kampagne „Jetzt oder

nie. Frauenrechte in die Verfassung“ war die Initialzündung für die Ergänzung:

**„Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“**

Damit wurden der Staat und seine Institutionen in die Pflicht genommen, mehr für die Gleichstellung von Frauen und Männern zu tun. Nun war der Weg frei für eine umfassende Gleichberechtigung, verbunden mit der rechtspolitischen Verpflichtung, entgegenstehendes Recht anzupassen, zum Beispiel das Familienrecht.

**Wir sehen, dass wir uns die Rechte, die für Männer selbstverständlich sind, nach wie vor erstreiten müssen. Freiwillig bekommen wir sie nicht.**

Was ist aus dem Wahlrecht geworden? Von einer paritätischen Besetzung des Bundestages sind wir auch im Jahr 2019 weit entfernt: Der Frauenanteil liegt bei 31 Prozent. Das ist der niedrigste Anteil seit 20 Jahren, und bedeutet, wir müssen leider Rückschritte in der Frauenrepräsentanz wahrnehmen!

Das höchste kommunalpolitische Amt der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters wurde 2017 zu 8 Prozent von Frauen besetzt, 10 Jahre vorher waren es knapp 18 Prozent.

- **Das zeigt: Einmal erreichte Genderstandards sind keineswegs als dauerhafte institutionell gesicherte Gleichberechtigung zu verstehen.**
- **Ohne ein Paritätsgesetz scheint die Frauenrepräsentanz in den Parlamenten nicht voranzukommen.**

Wenn jeder zweite Sessel in den Plenarsälen mit einer Frau besetzt wäre, hätten wir eine andere Politik, davon bin ich überzeugt. **Der Bundestag wäre ein Abbild der Gesellschaft.**

Es würden nicht länger mehrheitlich Männer darüber entscheiden, ob zum Beispiel Informationen über Abtreibung auf den Internetseiten von Frauenärzten und -ärztinnen zu finden sind, ob es ein Tempolimit auf den Autobahnen gibt, ob Konzerne sich leisten können, weiterhin null Frauen im Vorstand zu haben und vieles mehr. Menschen entscheiden nicht nur mit dem Kopf, sondern vielfach aus ihrer Lebensrealität heraus.

Und diese sieht bei Frauen anders aus als bei Männern, ganz besonders im Bereich der Verkehrs- und Städteplanung. Die Sehnsucht von uns Frauen nach einem bedeutsamen Schritt ist groß. 100 Jahre nachdem wir das erste Mal wählen und gewählt werden durften, wollen wir nicht mehr vertröstet werden!

**Wir wollen unseren Anteil, jetzt! Wir sind keine Minderheit in diesem Staat, sondern mehr als die Hälfte der Bevölkerung!** Wenn gleiche Rechte nicht helfen, die faktische Gleichstellung herzustellen, dann kann der Staat die „tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung“ fördern. Dies hat nun das Land Brandenburg getan, mit dem Parité-Gesetz. Quotierte Listen sind ein Anfang. Und der Erfolg wird sich einstellen, da bin ich sicher!

**Das Ziel muss die spürbare Parität sein!** Es gibt viele Länder, die per Gesetz eine Quotierung von Frauen im Parlament vorschreiben und in denen der Frauenanteil kontinuierlich steigt. In der europäischen Union sind dies Belgien, Frankreich, Griechenland, Irland, Polen, Portugal, Slowenien und Spanien. Ein Beispiel außerhalb der EU ist Tunesien. Wer sich jetzt im Kopf mit seinen Vorurteilen über die Fortschrittlichkeit dieses Landes beschäftigt, der wird schnell zum selben Schluss kommen, zu dem ich gekommen bin: Wie kann es sein, dass Deutschland noch nicht so weit ist?

Wenn der Staat die Bahn frei macht, liebe Damen, dann liegt es allerdings auch an uns: Wir müssen politisch aktiv werden, die Spielregeln mitbestimmen, den Stil verändern! **Wir müssen die Hälfte der Macht und der Verantwortung haben und tragen wollen!** Frauen stellen einen Anteil von mehr als 50 Prozent der Bevölkerung dar. Ohne die angemessene Vertretung der

Mehrheit der Bevölkerung (der Frauen) in der Politik gibt es keine Gleichstellung! Ich habe dies heute noch einmal zum Thema gemacht, aus zwei Gründen:

1. Stehen in diesem Jahr die Europawahl und vier Landtagswahlen an (Bremen, Thüringen, Sachsen, Brandenburg).

Und zum Zweiten ist der weltweite Rollback in der gelebten Gleichstellung eine echte Gefahr, der die bisher erreichten Fortschritte bei der Gleichberechtigung bedroht und sogar unsere Demokratie gefährden könnte.

**Dies ist für mich Anlass, um den hohen Wert des Wahlrechtes für alle in Erinnerung zu rufen.**

Liebe Frauen, Köln tut viel für die Gleichstellung. Köln hat als einzige kreisfreie Stadt in NRW eine Oberbürgermeisterin. Auch die Szene der Frauenvereine, -einrichtungen in Köln ist beachtlich. Es gibt unzählige Projekte und Initiativen, die sich dafür engagieren, die Lebenssituation von Frauen und Mädchen in Köln zu verbessern. Es gibt viele tolle Kölnerinnen, die dies ohne ein anderes Motiv als dem Helfen selbst tun. Bei all diesen Frauen, möchte ich mich bedanken. Ohne Sie wäre Köln um Vieles ärmer. Außerdem danke ich allen, die heute mitwirken für ihren Einsatz!

Mein herzlicher Dank gilt den Frauen des Arbeitskreises Kölner Frauenvereinigungen (AKF) und stellvertretend der Vorsitzenden, Frau Dr. Marita Alami. Ich bedanke mich auch sehr herzlich bei den Damen vom Aktionsbündnis zum Internationalen Frauentag sowie bei der Vorsitzenden des DGB-Kreisfrauenausschusses Köln, Eva Pohl. Ich wünsche Ihnen heute interessante Gespräche und viel Spaß beim Austauschen und Netzwerken.